



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hannover und Kurhessen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

gehen, so würde die Mehrzahl der Abyssinier sich aller Wahrscheinlichkeit nach für Mehecha erklären. Er ist ein sanfter und verständiger Prinz, ob er aber die feste Hand besitzt, die nothwendig ist, um das turbulente Blut der Ambara in den Schranken zu halten, ist eine andere Frage. Sein Vater weiß, wie schwer es ist, ein solches Volk mit Milde zu regieren. Noch in den letzten fünf Jahren hatte er mit allerlei Comploten, Verschwörungen und Aufständen, wenn auch mit keinem auch nur annähernd so großen und gefährlichen wie früher, zu kämpfen, und zu Anfang 1863, wo solche Bewegungen besonders häufig vorkamen, sagte er zu seiner Umgebung:

„Gott, der mich aus dem Staub erhoben, um die unrechtmäßigen Fürsten dieses Landes zu stürzen, hat diese Wunder nicht ohne einen Grund zu haben bewirkt. Ich habe eine Sendung. Aber welcher Art ist sie? Anfangs meinte ich, daß ich dieses Volk durch sanftes Regiment, durch Frieden und Förderung sicheren Handels zu heben bestimmt sei. Aber trotz aller meiner Güte ist es so schlimm geblieben, als ob es unter der grausamsten Tyrannei seufzte. Jetzt kenne ich meine Aufgabe besser: die Geißel, der Zorn Gottes soll ich diesem Lande sein.“

Und in der That ließ er sich in dieser Zeit ein Siegel machen, auf dem er sich „Theodoros, die Geißel der Rebellen“ nannte.

## Hannover und Kurhessen.

Drei Tage nach dem schicksalwendenden Bundesbeschluß, am 17. Juni, fand eine Versammlung bremischer, hannoverscher und oldenburgischer Vaterlandsfreunde in Bremen statt. Man hatte auf die Anwesenheit der Führer der liberalen Partei Hannovers gerechnet; aber die Flucht des Königs und der Truppen nach Göttingen, die am Tage vorher, der Einmarsch der Preußen, der am nämlichen Tage erfolgte, hielt die Hannoveraner aus den mittleren und südlichen Landestheilen zurück. Es konnte daher nur angeregt, nicht förmlich um Beschluß erhoben werden, daß es rathsam erscheine, zur Wahrung der Rechte und Interessen der Bevölkerung in den kommenden Zeiten einen nicht mit rechtlicher, aber mit moralischer Competenz ausgestatteten Landesauschuß zu bilden. Die Anregung wurde an H. v. Bennigsen, als anerkannten Führer

des gesammten norddeutschen Liberalismus, überliefert; als geeigneter Zeitpunkt des Hervortretens wurde der Tag bezeichnet, an welchem das Schicksal des Königs und des Heeres entschieden sein oder als entschieden bekannt werden würde. Man versprach sich von einem solchen Ausschuss, dem unter Bennigsens Leitung je einer aus den Vertrauensmännern jeder Provinz angehört haben würde, Gutes in Gegenwart und Zukunft, für Hannover wie für ganz Deutschland: Sicherung des natürlichen guten Einvernehmens zwischen dem hannoverschen Volke und der preussischen Besatzung, — Abstellung zufällig entstandener Beschwerden, — rechtzeitige Entfernung der wenigen höheren Beamten, deren fortdauernde Wirksamkeit dem Lande unter gewissen Umständen neue Kriegsgefahren zuzuziehen drohte, aber keiner anderen, — Herstellung eines mit allseitig anerkannter Autorität versehenen Organs, um später, beim Friedensschluß, die Wünsche des Volkes kräftig zu vertreten, — Gewinnung eines Halts für die tieferregte, von den widerstreitendsten Gefühlen bewegte öffentliche Meinung über Hannovers Grenzen hinaus, und eines prägnanten Ausdruckes für die fortdauernde thätige Theilnahme der liberalen Nationalpartei an dem Werke der Neugestaltung des Vaterlandes. Diese Vortheile sind von Bennigsen und den übrigen Führern der bisherigen hannoverschen Opposition nicht verkannt, aber die entgegenstehenden Bedenken, als z. B. die Schwierigkeit, eine Anzahl von Beamten und praktischen Geschäftsmännern grade in dieser drangvollen Zeit dauernd von ihrem Posten zu entführen, um ihnen vielleicht im Mittelpunkt des Landes eine ungenügende Beschäftigung zu gewähren, ferner die Möglichkeit von Conflicten nach oben und unten, rechts und links — doch für überwiegend erachtet, unter ihrem Drucke jedenfalls der richtige Zeitpunkt vorübergelassen worden. Es ist daher zu einem gleichartigen Vorgehen auch den Führern des kurhessischen Volkes nicht der Anstoß gegeben worden, den man sonst von Hannover aus mittelbar oder unmittelbar wohl hätte geben können.

Wohl aber war es schon bald nach der Katastrophe des Staats von Bennigsen und seinen näheren Freunden ins Auge gefaßt worden, Politiker des ganzen nichtpreussischen Norddeutschland in Hannover zu versammeln, um zu den drängenden Ereignissen des Tages neue Stellung zu nehmen. Man beabsichtigte anfänglich, dafür die Zeit gleich nach Eröffnung des preussischen Landtags zu wählen; ein Ausspruch unbefangener und befreundeter Gesinnungsgenossen, mochte man hoffen, werde es der preussischen Fortschrittspartei erleichtern, sich in eine Stellung außerordentlich verringerten Einflusses und daher nothwendig herabzustimmender Ansprüche mit fluger Würde zu finden. Aber der verzweifelte Schritt Oestreichs, der Frankreichs verhasste Einmischung in die deutschen Händel herausforderte, ließ alles Zögern unerlaubt erscheinen. Auf den 12. Juli — genau vier Wochen nach dem den Krieg entzündenden Beschlusse des Bundestags — luden daher Bennigsen, Miquel, Albrecht und

v. d. Horst eine Anzahl thätiger und hervorragender Liberaler Norddeutschlands außer Preußen nach der Stadt Hannover ein.

Die Versammlung war ungeachtet der kurzen Berufungsfrist zahlreich und gut besucht: fast die ganze aufgelöste hannoversche Volkskammer und andere bedeutende Hannoveraner, ferner Oldenburger, Braunschweiger, aus Kurhessen u. a. Nebelthau und Deiker, aus Weimar Fries, M. Wiggers aus Rostock und Ed. Wiggers aus Rendsburg, sechs oder acht Bremer und halb so viel Hamburger. Trotz dieser Ausdehnung zeigte sich nicht die mindeste eigentlich grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Indem man Fragen wie Bundesstaat oder Einheitsstaat, Wahrung der innern staatlichen Selbständigkeit oder Einverleibung in Preußen, als vorläufig ja doch noch nicht zur Entscheidung stehend, bei Seite ließ, konnte man sich in vollster und aufrichtigster Uebereinstimmung mit aller Schärfe sowohl gegen das fernere Verbleiben Oestreichs im Bunde der deutschen Staaten, wie gegen jeden unbefugten Einmischungsversuch des Auslandes wenden, und in beiderlei Hinsicht die Patrioten Süddeutschlands auffordern, zu uns zu stehen gegen die dräuende Gefahr der Fremdherrschaft. Nur ein zufällig in die Versammlung verirrter Mann, der Stadtdirector Rasch aus Hannover, den wohl noch niemand zu den „angesehenen Liberalen“ gerechnet hat, sondern der ein eingefleischter Particularist und notorischer Conservativer ist, wagte gegen die Verdammung der fluchwürdigen östreichischen Politik mit dem Hinweis auf das Bündniß Preußens und Italiens zu sprechen. Ihm wurde von Miquel schlagend erwidert, daß nicht jedes Bündniß mit dem Ausland verwerflich sei, sondern nur dasjenige, welches uns vom Ausland abhängig mache, das preussisch-italienische Bündniß sei eines der heilsamsten je geschlossenen, weil es zwei gleichstrebende, auf einander angewiesene Nationen verbinde, und Italien allmählig, aber stetig und sicher, aus der halben Abhängigkeit von Frankreich loszumachen verheißt. Nach dieser Belehrung verließ Herr Rasch einen Ort, an den er offenbar nicht hingehörte, und einstimmig wurde darauf sowohl die von Bennigsen entworfene Aufstellung politischer Sätze, wie die von Miquel herrührende Ansprache an die Süddeutschen gutgeheißen.

Damit hat die liberale Partei Hannovers und Kurhessens sich auf die Seite gestellt, gegen welche der Welfenkönig und der Kurfürst nach wie vor in offener Feindschaft verharren. Es war nur landsmännische Rücksicht auf Stellung und Gefühle, was sie verhinderte, ihren uniformirten Brüdern gleiche Parteinahme zur Pflicht zu machen. Die kurhessischen Truppen aber in Mainz und die in Frankfurt am Main gesammelten versprengten Hannoveraner wissen nun doch, daß sie mit ihrem Lande brechen, wenn sie treu einem augenscheinlich verwirkten Eide für Oestreich und seine verlorene Sache fechten wollen. Die Bevölkerung von Hannover und Kurhessen hat am 12. Juli durch den Mund ihrer berufensten Vertreter erklärt, daß sie mit Preußen stehe oder falle, daß

das Band zerrissen sei, welches sie bisher an ihren Fürsten geknüpft habe. Nur darüber kann man noch im Zweifel sein, ob dieser Bruch der Dynastie gelte oder nur dem einzelnen bisher souveränen Herrn.

Öffentlich und förmlich ist diese Frage bisher weder in Hannover noch in Kassel verhandelt worden. Desto lebhafter und allgemeiner wird sie in tausend Privatgesprächen erörtert. Auch spielte sie doch schon unter der Decke mit, als am 12. Juli, nachdem die Hauptversammlung vorüber war, in einer Nachbesprechung der Hannoveraner ein Mitglied des hauptstädtischen Magistrats den Antrag stellte, dem landesverwiesenen König in einer Adresse, welche eine Deputation zu überbringen hätte, den Wunsch vorzutragen, daß er dem Thron zu Gunsten seines Sohnes entsage. Der Vorschlag fand gar keine ausdrückliche Unterstützung, wohl aber lauten und starken Widerspruch. Als der Antragsteller zugestand, daß man in Ostfriesland allerdings wohl die Einverleibung in Preußen vorziehen werde, riefen Stimmen aus Hildesheim, Celle, Osnabrück, Osterode u. s. w.: „Wir auch! wir auch!“ Der Vorsitzende v. Bennigsen beendigte darauf mit einer Gewaltanstrengung die Verhandlung, die sonst zu einer verfrühten Messung der Kräfte zwischen Preussisch- und Hannoverisch-Gefinnten hätte führen mögen.

Fragt man nach der entsprechenden Stimmung im Volke, so gehen die Strömungen theils räumlich, theils nach der gesellschaftlichen Stellung auseinander. Die Residenzstadt möchte natürlich den Hof und die Regierung um keinen Preis einbüßen. Die Universitätsstadt Göttingen ist vielleicht aus ähnlichen Befürchtungen gegen Annexion. In den alten Provinzen, d. h. vorzugsweise in den Landdrosteien Hannover und Lüneburg, hält die Masse des Volkes die Loyalität gegen das Welfenhaus noch fest; ihre Väter haben für dieses Haus gekämpft und gelitten, folglich betrachten sie es als einen Theil ihrer Erdenaufgabe, desgleichen zu thun. Dagegen verlangt Ostfriesland auf das entschiedenste, in den preussischen Staatsverband zurückzukehren, dem diplomatische Abmachungen es vor funfzig Jahren entführt haben. Gleiche Erinnerungen regen sich in Hildesheim, gleiche Wünsche auch in Osnabrück und Stade nebst Umgebungen.

Gegen eine Annexion ist natürlich fast der ganze Beamtenstand. Er würde ja das Capital, mit welchem er arbeitet, die Kunde von Gesetzen und Einrichtungen verlieren, wenn Hannover ohne weiteres preussisch würde. Dafür aber ist er, Dank den letzten mächtig überredenden Ereignissen, auf den Standpunkt des Bundesstaats vorgerückt, den er bisher dem Nationalverein als eine Art Hoch- und Landesverrath anrechnete. Niemand fordert heutzutage bestimmter die Verschmelzung des kleinen hannoverschen Heeres mit dem großen preussischen, als die hannoverschen Beamtenkreise in Civil und Uniform. Die Offiziere namentlich sehnen einen preussisch-französischen Krieg förmlich herbei, um eine mit jedem

Ehrgefühl verträgliche Gelegenheit zu finden, öffentlich und förmlich ins preussische Lager überzugehen.

Wie der Beamtenstand dem bundesstaatlichen Anschluß, so huldigt die Geschäftswelt durch das ganze Land der Annexion. Ihr können überflüssige Grenzen und Unterschiede der staatlichen Einrichtungen naturgemäß am wenigsten zusage. Jede Verschiedenheit mehr ist für sie eine Erschwerung des Berufs, jede Ausgleichung ein Vortheil. Namentlich die Aufreißung der Schienen vor den einmarschirenden Preußen, die den Güterverkehr mehre Tage hemmte, die spätere Sperrung des Telegraphen u. dgl. m. haben ihr den leidenschaftlichen Wunsch eingegeben, daß aus Norddeutschland im Großen und Ganzen ein einziger Staat werde. Die sorgsame Pflege der materiellen Interessen, welche die preussische Regierung selbst während ihrer reactionären Periode selten verleugnet hat, im Gegensatz zu dem kurzfristigen und engherzigen Verfahren der Welfenpolitik gegen Bremen und Hamburg, trägt selbstverständlich auch das Ihrige dazu bei, die hannoversche Geschäftswelt für Einverleibung in Preußen zu stimmen.

Es ist wahrscheinlich, daß diese Stimmung mit der Zeit obenauffommt. Die Interessen des Beamtenstandes werden dann vielleicht durch eine Personalunion als Uebergangszustand gewahrt werden können. Denselben Weg schlagen, wie es scheint, die Wünsche des kurhessischen Volkes ein. Ja, wenn man einer pikanten, aber verbürgten Anekdote so viel Tragweite geben darf, so wäre selbst der Kurfürst es bedingungsweise zufrieden, daß sein Land preussisch werde. Er soll nämlich kurz vor seiner Abführung nach Stettin zum Oberbürgermeister Nebelthau gesagt haben, er könne sich wohl denken, daß man ihn nicht zurückwünsche, aber er hoffe und bitte, daß man alsdann den Thronfolger wenigstens auch nicht nehme. Der Kurfürst wäre danach gleichsam als der erste Annexionist in Kurhessen anzusehen, die Forderung der Annexion als sein politisches Testament. Es könnte einen Theil seiner Sünden gegen das Glück des Landes in der That wieder gut machen!